

Rede des Ersten Stadtrates und Stadtkämmerer Christian Schmetz anlässlich der Einbringung des Doppelhaushalts 2025/2026

Freitag, 13. September 2024

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
verehrte Mitglieder des Rates,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gäste,

„In jeder Krise steckt eine Chance“

„29,8 – 31,9 – 30,7 – 25: das sind keine schrägen Lottozahlen. Das sind Millionensummen in Euro. Das sind die geplanten Defizite der Haushalte der Stadt Göttingen in den kommenden vier Jahren. Minus 29,8 Millionen Euro 2010, minus 31,9 Millionen Euro 2011, minus 30,7 Millionen Euro 2012, minus 25 Millionen Euro 2013. Ich kann unsere Haushaltslage auch ohne Zahlen deutlich beschreiben: schwierig, besorgniserregend. Der verhaltene Optimismus, mit dem ich Ihnen noch vor einem Jahr unser Entwurfswerk vorstellen konnte, ist verrauch. Die Situation hat sich grundlegend verändert. Die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise haben uns erreicht.“

So begann Oberbürgermeister Wolfgang Meyer seine Rede anlässlich der Haushaltseinbringung des Haushaltes 2010. Er beklagte die heftigen Ertragsrückgänge bei Steuern und im Finanzausgleich – insbesondere bei der Gewerbesteuer, die nur noch in Höhe von rund 40 Millionen Euro eingeplant werden konnte.

Und? Kommt Ihnen das bekannt vor? Vielleicht wäre das richtige Motto für heute: „Alle Jahre wieder“. Das würde auch zu den Weihnachtssüßigkeiten passen, die es bereits in die Regale der Supermärkte geschafft haben.

Wie Oberbürgermeisterin Broistedt heute war auch Oberbürgermeister Meyer damals davon überzeugt, dass die Stadt ihre Investitionstätigkeit nicht einstellen durfte, sondern dass zur Stützung der Konjunktur investiert werden musste. Aber auch er forderte, dass die verbleibenden Finanzmittel klug eingesetzt werden müssen und dass man die richtigen Schwerpunkte setzen müsse. Zum Beispiel in Bildung, Klimaschutz und Digitalisierung wie unsere Oberbürgermeisterin gerade sagte.

Neben den stets humorvollen, sportlichen Vergleichen stimmte auch mein verstorbener Vorgänger Hans-Peter Suermann Rat und Bevölkerung auf eine schwere Zeit ein. Er sprach den damaligen Rat als Leidensgenossen oder als leidgeprüfte Freundinnen und Freunde des städtischen Haushalts an und erklärte die Überlegungen zum Haushalts-Konsolidierungskonzept (liebevoll HaSiKo genannt). Vielleicht sollten wir das auch tun und nicht länger vom HSK sprechen. Das erinnert mich ohnehin zu sehr an den HSV, der ja in den letzten Jahren auch nicht gerade nur für seine Erfolge bekannt geworden ist, sondern

vielmehr für das regelmäßige Leiden seiner Fangemeinde. Aber keine Sorge, ich werde jetzt nicht wie die Oberbürgermeisterin eben oder wie mein Vorgänger damals Vergleiche mit dem Sport ziehen, sondern ich komme zurück auf mein Motto für diesen Haushalt:

„In jeder Krise steckt eine Chance“

Dieser Satz stammt auch nicht von mir, sondern von Altbundespräsident Christian Wulff, der diesen Satz anlässlich eines Besuches in Göttingen nutzte, um uns damit Zuversicht in diesen schwierigen Zeiten voller Herausforderungen von Klimawandel, Krieg und finanzieller Unsicherheit zu geben. Diese Zuversicht brauchen wir jetzt, aber wir dürfen auch zuversichtlich sein. Denn obwohl Rat und Verwaltung 2010 vor einer großen Herausforderung standen, ist es über Fraktionsgrenzen hinweg gelungen, die Finanzen der Stadt Göttingen zu stabilisieren. Zur Wahrheit gehört natürlich dazu, dass der Zukunftsvertrag mit dem Land Niedersachsen einen erheblichen Beitrag zu diesem Erfolg geleistet hat. Ohne diesen Beitrag wäre der Leidensweg deutlich länger gewesen.

Und mal ehrlich: ich erwarte derzeit auch keine maßgebliche Unterstützung von Bund oder Land, hat man dort doch ausreichend eigene Probleme zu lösen. Daher muss es nun für uns heißen: „Wehklagen einstellen, akzeptieren wie es ist, Ärmel hochkrempeln und gemeinsam die richtigen Entscheidungen treffen!“ Dieser Rat kann das, davon, meine sehr verehrten Damen und Herren, bin ich fest überzeugt!

Warum ich das glaube und wie es gehen könnte, erkläre ich Ihnen jetzt.

Erstmal müssen wir alle die Fakten und die finanzielle Realität verstehen. Was war, was ist und was wird sein. Es folgen die gefürchteten Grafiken der Kämmerei, die ich anders als sonst, an dieser Stelle und nicht am Ende der Rede loben möchte.

Lieber Herr Fuchs, lieber Herr Schelper, liebes Team: Sie haben nun drei parallele Haushaltsverfahren mit Doppelhaushalt, Nachtragshaushalt und HSK zu gestalten und wir starten heute am Freitag, den 13. So eine Gemengelage kann man sich eigentlich nicht ausdenken. Ich bin aber überzeugt, dass wir bei Ihnen in guten Händen sind. Vielen Dank für Ihre großartige Arbeit und Unterstützung!

Nun schauen wir zurück – also was war? Und ich bleibe beim Team Meyer/Suermann. Mein Startpunkt bleibt das Jahr 2010. Schauen Sie sich die Grafik (1) an. Nachdem im ordentlichen Ergebnis noch deutlich negative Ergebnisse erzielt wurden, verbesserte sich die Haushaltslage ab dem Jahr 2011 und es konnten positive Ergebnisse erzielt werden. Der mit dem Land geschlossene Entschuldungshilfevertrag aus dem Jahr 2012 trug zu dieser positiven Entwicklung deutlich bei. Die Stadt erhielt zum 1. Januar 2013 113,5 Millionen Euro als Zins- und Tilgungshilfe. Mit dem Zukunftsvertrag waren dann in der Folge auch zahlreiche Maßnahmen und leider notwendige, am Ende aber richtige Einschnitte verbunden, um die Stadt wieder zukunftsfähig zu machen. Im Zusammenspiel mit der guten konjunkturellen Lage, gelang es, in den folgenden Jahren positive Jahresabschlüsse zu verzeichnen. Die kameralen und doppischen Fehlbeträge aus den Vorjahren konnten vollständig abgebaut werden.

Die Grafiken (2) und (3) zeigen die Verschuldung des Kernhaushaltes und die Entwicklung der Liquiditätskredite. Lag der Stand der Liquiditätskredite – also unseres „Kommunaldispo“ – noch im Jahr 2012 bei 155 Millionen Euro, so hatten wir in den Jahren 2015 bis 2022 zum Stichtag 31. Dezember keinen einzigen Liquiditätskredit. Der Ausblick ist bitter, sehr bitter. 2026 könnten es schon über 200 Millionen Euro sein. Das kann man auch nicht schönreden, aber wir können und wir müssen dagegen ansteuern!

Die gute Nachricht ist, dass die Investitionsverschuldung in den letzten Jahren reduziert werden konnte und zu Ende 2023 bei rund 41 Millionen Euro stand. Insofern ist noch Luft zu unserem selbst aufgelegten Schuldendeckel. Die schlechte Nachricht ist auch hier der Ausblick auf rund 240 Millionen Euro in 2029 und damit die Erkenntnis, dass der Schuldendeckel und das geplante Investitionsprogramm in dieser Höhe keinen Bestand haben kann.

Schuldendeckel? Was war das noch gleich? Zur Erinnerung: Der Schuldendeckel ist nichts anderes als ein Steuerungsinstrument zur Sichtbarmachung unserer Verschuldung und zur Einhaltung von selbst gesetzten Grenzen, um handlungsfähig zu bleiben. Denn Schulden kosten Geld. Geld, welches wir gerade nur in einem sehr begrenzten Umfang haben. Schauen Sie mal auf diese Grafik (4). Dort sehen Sie die Entwicklungen der Zinsaufwendungen in den vergangenen Jahren und dort sehen Sie wieder den besorgniserregenden Ausblick. Auch hier gilt: wir müssen die Fakten anerkennen. In der Vergangenheit haben wir Finanzierungsüberschüsse, Förderprogramme, Rücklagen und in einem maßvollen Umfang Verkauf von Vermögen eingesetzt, Kredite brauchten wir nicht. Die Rücklagen sind fast aufgebraucht, die Förderprogrammlandschaft hat deutlich Luft nach oben, lieber Bund und liebes Land, Finanzierungsüberschüsse haben wir nur bei ausgeglichenen Haushalten, wovon wir weit entfernt sind. Was bleibt sind Kredite, der Verkauf von Vermögen sowie Fördermittel. Trübe Aussichten also.

Daher müssen wir bei der Kommunalaufsicht rund 100 Millionen Euro Kreditermächtigungen beantragen, in der Hoffnung, dass wir dann auch Kredite in dieser Höhe von den Sparkassen und Banken bekommen. Mit diesen wollen wir dann in den nächsten zwei Jahren knapp 125 Millionen Euro investieren. Zum Beispiel in die notwendige Sanierung unserer Sportstätten wie z. B. Trinkwassersanierungen und die Umstellung auf LED-Beleuchtung in den Sporthallen, in Städtebaufördergebiete, in Schulen wie das OHG oder die Geschwister-Scholl-Gesamtschule, in Kitas wie die Kita Ernst-Fahlbusch-Haus, in Klimaschutz und Klimaanpassung – z. B. in Radwege und Hochwasserschutz, in Spielplätze und auch in Infrastruktur wie Straßen und Fußwege. Trotz der desolaten Finanzlage wollen und müssen wir in die Zukunft der Stadt investieren. Keine Investitionen sind keine Lösung, meine Damen und Herren, erhöhen diese nur den Investitionsstau, der auf kommunaler Ebene ohnehin schon groß genug ist. Uns bleibt dann nur die Beantwortung der Frage, ob wir die damit einhergehenden Schulden oder den Investitionsstau auf die nächste Generation verlagern wollen. Unser Weg ist hier: wir investieren mit Augenmaß und an der richtigen Stelle. Aber – auch das ist ehrlich und muss heute gesagt werden: wir müssen uns unsere weiteren Planungen nochmal anschauen. Dazu gleich mehr.

Ich habe vorhin gesagt: Wehklagen einstellen. Es ist jetzt so. Keiner von uns kann es alleine ändern. Wir können aber nun gemeinsam die Weichen stellen. Was bringt uns hierfür die notwendige Zuversicht? Genau. Wir erinnern uns an das, was wir schon richtiggemacht haben. Und da gibt es gute Beispiele aus der Vergangenheit.

Start ist wieder 2010. Damals hat man die richtigen Weichen gestellt und Göttingen mit harten Einschnitten, aber eben auch mit klugen Priorisierungen wieder zurück in die Spur geführt. Aber auch in der jüngsten Vergangenheit haben Sie vieles richtiggemacht. Rat und Verwaltung haben das ZIVP auf den Weg gebracht. Dies hilft uns dabei, keine Luftschlösser zu planen, sondern es hilft auf das Wesentliche zu fokussieren. Der Schuldendeckel wurde beschlossen, der in der jüngsten Vergangenheit die Kernhaushaltsverschuldung reduziert hat. Überschussrücklagen von rund 70 Millionen Euro konnten gebildet werden. Auch Investitionsrücklagen und Rückstellungen im erheblichen Umfang. Sie haben

Prioritätenlisten bzw. Langfristpläne in vielen Bereichen erstellt: Klimaschutzplan, Bauprioritätenliste, Schulentwicklungsplanung, Feuerwehrbedarfsplan, etc.

„Spare in der Zeit, so hast Du in der Not“ habe ich Ihnen in meiner Rede zur Einbringung des Haushaltes 2021 gesagt. Sie haben es zum Glück beherzigt und daher ist die Lage ernst, aber eben nicht hoffnungslos.

Und nun kommt der Teil, an dem ich Ihnen sage, wie es geht – zumindest was wir als Verwaltung glauben. Und ich grüße an dieser Stelle die zuständige Finanzdezernentin oder den zuständigen Finanzdezernenten, die vielleicht in zwanzig Jahren in dieser Rede liest und sich fragt, wie wir damals – also heute – diese Herausforderung für die Stadt gemeistert haben.

Erstens: Wir schaffen es nur gemeinsam. Die Zeiten, sich politisch zu übertrumpfen, sind vorbei. Alle zusammen, zum Wohle der Stadt.

Zweitens: Egal an welcher Schraube Sie drehen, es wird betroffene Menschen, Institutionen, Einrichtungen, etc. der Stadtgesellschaft geben. Trotzdem müssen wir es machen. Daran führt kein Weg vorbei.

Drittens: Akzeptieren wir die kommunale Haushaltsstruktur. Ganz ehrlich. Das fällt mir oft schwer. Den Bürgerinnen und Bürgern ist es eigentlich egal, wer es macht und finanziert. Hauptsache es funktioniert. Da hilft es auch nicht, wenn ich Land und Bund beschimpfe, dass die Kommunen strukturell unterfinanziert sind. Dafür gibt es ausreichend Beispiele, auch Gutachten.

Ok. Es hilft mir zwar nicht. Aber das füge jetzt als „3a“ ein: Frust ablassen. Es kann doch nicht wahr sein, dass Team Meyer/Suermann ähnliches beklagen, wie die Oberbürgermeisterin und ich. Keine auskömmliche Kitafinanzierung, hohe Soziallasten, zu wenig Mittel im Finanzausgleich. Schon damals wurden großen Reformen angekündigt und egal, wer regierte, die kommunale Ebene ist immer die letzte. Aufgaben bekommen wir gern, Finanzmittel dafür bleiben Mangelware.

Ein Blick auf die Zahlen hilft – also Faktencheck statt Stammtischgemurmel: Hatten die Kommunen im Jahr 2022 bundesweit einen Überschuss von 2,15 Milliarden Euro, so sind es in 2023 Minus 6,214 Milliarden Euro. Und damit sind wir wieder auf dem Niveau von 2010 angekommen. Seinerzeit waren es Minus 6,874 Milliarden Euro. Der Unterschied? Damals erholten sich die Kommunalfinanzen mit der Erholung der Wirtschaft. Diese Hoffnung zeigt sich für uns derzeit leider nicht. Vielmehr müssen wir feststellen, dass der Bundestag bis Juli 2024 rund 36 Gesetze verabschiedet hat, mit denen die kommunalen Haushalte allein in der laufenden Wahlperiode bis 2025 mit gut 19,5 Milliarden Euro zusätzlich belastet werden. Ich will nicht verschweigen, dass diese Bundesgesetze auch knapp 2 Milliarden Euro Entlastungen im selben Zeitraum vorsehen. Unterm Strich bleibt aber eine deutliche Mehrbelastung für die Kommunen. Daher müssen wir in Göttingen unsere Hausaufgaben machen. Eine Wahl haben wir nicht.

Apropos zu wenig Mittel. Klimaschutz. Unbestritten die größte Aufgabe unserer Zeit. Aber auch hier: Ausreichende Finanzmittel für Kommunen leider Fehlanzeige. Die Bundesregierung hat sich nun auf den Finanzplan zum Klima- und Transformationsfonds verständigt. Für 2025 sind insgesamt 34,5 Milliarden Euro veranschlagt, mit denen die nachhaltige und klimagerechte Transformation finanziert werden soll. Richtig so! Keine Kritik.

Aber: Die Umsetzung der Wärmewende wird aus Sicht der Kommunen nicht ausreichend unterstützt und in weiteren wichtigen Bereichen des kommunalen Klimaschutzes werden Fördermittel gekürzt. Ich hoffe sehr auf die Beratungen im Bundestag und dass viele MdB auch ein kommunales Herz haben. Denn Klimaschutz wird in den Kommunen vorangebracht. Davon bin ich überzeugt.

Viertens: Schauen wir uns die Haushaltsstruktur an. Was können wir auf der Ertragsseite machen, was können wir auf der Aufwandsseite machen. In dieser Grafik (5) sehen Sie die Ergebnisse der Steuern und ähnliche Abgaben seit 2010. Es lässt sich nicht von der Hand weisen, dass die Erträge grundsätzlich gestiegen sind. Es lässt sich aber auch nicht von der Hand weisen, dass die Gewerbesteuern eine der wichtigsten und gleichzeitig einer der volatilsten Ertragsarten der Kommunen sind. Und dafür haben wir nur eine Steuerschätzung auf Bundesebene, die dann vom Land runtergebrochen wird. Wir haben keine Steuerschätzung auf Ebene der Stadt Göttingen, nur unsere Gespräche mit den Unternehmen vor Ort sowie unsere Erfahrungswerte, was es sehr herausfordernd macht. Wir haben sehr vorsichtig geplant, noch 6 Millionen Euro unter dem Ergebnis von 2022 und sogar rund 60 Millionen Euro weniger als das Rekordergebnis von 2023, und liegen trotzdem rund 40 Millionen Euro unter unserer Prognose.

Was können Sie als Rat nun eigentlich auf der Ertragsseite verändern? Sie können den Hebesatz der Grund- und Gewerbesteuer ändern – den Vorschlag, die Grundsteuer in 2026 maßvoll zu erhöhen, findet sich in unserem Entwurf – sowie die Vergnügungs- und Hundesteuer anheben. Sie können weitere kommunale Steuern wie z.B. eine Zweitwohnsitzsteuer einführen. Ansonsten können wir im Wesentlichen nur dankbar die Anteile an der Einkommen-, Umsatz- und Automatensteuer in Empfang nehmen.

Schauen wir also auf die Aufwandsseite. Schauen Sie sich die Grafik (6) an. Fast 60 % der kommunalen Ausgaben sind für Sie als Rat kaum bis gar nicht beeinflussbar. Dort finden Sie die Pflichtaufgaben, die Transferzahlungen, Zinsen, Abschreibungen, Verlustabdeckungen, etc. Rund ein Viertel der Ausgaben fließt darüber hinaus ins Personal und die Rückstellungen für Überstunden und Resturlaub. Lediglich 14 % sind beeinflussbar.

Hier hilft die nächste Grafik (7). In 2025 sind das in Zahlen rund 85 Millionen Euro. Bei dem erwarteten Defizit zeigt sich unser strukturelles Dilemma. Denn richtig ist auch, dass wir zwar die Bauunterhaltung auf dem Papier einstellen könnten, aber sinnvoll ist das nicht, würde dadurch nur unser Investitionsstau größer. Auch die Energiekosten können wir nicht wegzaubern. Wir können sie lediglich senken. Insofern geht der Blick automatisch auf die schönen Dinge, die uns Spaß und die eine Stadt lebens- und liebenswert machen. Die sogenannten freiwilligen Leistungen einer Kommune.

Also? Was machen wir nun? **Wir schauen uns alles an. Alles gehört auf den Prüfstand.** Auch bei den Tochtergesellschaften und Beteiligungen der Stadt Göttingen. Wir müssen darüber reden, welche Leistungen wir erbringen müssen, welche wir unbedingt erbringen wollen und auf welche wir verzichten müssen. Aber auch bei den Leistungen, die wir als Kommune erbringen müssen, müssen wir über die Standards sprechen.

Wir müssen uns fragen, ob wir eine Investition jetzt oder noch zu einem späteren Zeitpunkt umsetzen können oder auch gar nicht. Mindestens müssen wir uns aber fragen, wie wir die Investition umsetzen wollen. Es muss nicht immer die prämierte Umsetzung sein, es reicht, wenn die Funktion sichergestellt ist. Wenn ich mich entscheiden müsste, ob ich ein einfaches Standardfeuerwehrhaus baue oder gar keins, dann wäre meine Entscheidung klar.

Einiges wird nicht sofort gehen, meine Damen und Herren, aber auch langfristige Verträge können zu irgendeinem Zeitpunkt gekündigt werden. Das sollte uns nicht vom Nachdenken abhalten.

Vorab sollten wir uns, sollten Sie sich aber eine Frage stellen: **„Was soll Kommune, was soll Verwaltung in den nächsten Jahren/im nächsten Jahrzehnt leisten?“**. Mit der Antwort machen wir uns dann auf genau diesen Weg und konzentrieren uns darauf. Gemeinsam setzen Rat und Verwaltung den Rahmen und die Ziele. Die Verwaltung arbeitet dann in diesem Rahmen auf die gemeinsamen Ziele hin.

„In jeder Krise steckt eine Chance!“ Lassen Sie uns diese Chance gemeinsam ergreifen!